

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

85 (10.4.1919)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postschalter monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,00 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1,40 M., vierteljährlich 4,20 M.; durch die Post 1,44 M. bezw. 4,32 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Verlag mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/31 und 2-1/36 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleite od. deren Raum 25 S., zuzügl. 50 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestelle: für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die erste Volksabstimmung in Baden

13. April 1919.

An die sozialdemokratischen Wähler und Wählerinnen!

Die politische Auswirkung der Revolution des 9. November 1918 ist vollzogen; die badische Nationalversammlung hat nunmehr die ihr gestellte Aufgabe, dem badischen Volke eine neue, auf freiheitlicher Grundlage aufgebaute Verfassung zu geben, gelöst. In ihren Sitzungen vom 21. und 25. März ds. Js. erteilte sie einstimmig dem bedeutenden Gesetzgebungswerk, welches die Verfassungskommission in zweimonatlicher schwerer Arbeit zustande gebracht hatte, ihre Zustimmung.

Die neue Verfassung ermöglicht dem badischen Volke die volle Erreichung seiner politischen Ziele und die ungehinderte Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte, weshalb auch die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung trotz mancher Vorbehalte im einzelnen für die neue Verfassung zu stimmen sich entschloß. Zugleich beantragte sie, da künftig das Volk der eigentliche Träger der Staatsgewalt sein soll, sie der Volksabstimmung zu unterwerfen. Die Nationalversammlung hat diesen Antrag angenommen und die badische Regierung hat Termin zur Abstimmung auf den 13. April 1919, von vormittags 11 bis abends 6 Uhr anberaumt. Die gestellte Frage lautet:

Wird die Verfassung genehmigt?

Sie kann nur bejahend oder verneinend sein. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung und der Landesvorstand der badischen Sozialdemokratie bitten die Wähler und Wählerinnen, welche am 5. Januar ds. Js. ihre Stimmen auf die sozialdemokratischen Kandidaten vereinigten, die obige Frage mit einem **Ja** zu beantworten.

Parteiengenossen und Parteiengenossinnen! Die neue Verfassung ist ein Kompromißwerk, sie ist hervorgegangen aus den gemeinsamen Beratungen und Beschüssen mit den anderen Parteien und trägt infolgedessen nicht allen Wünschen und Ideen der Sozialdemokratie Rechnung. Insbesondere ist es nicht gelungen, die sozialdemokratische Programmforderung auf Trennung von Staat und Kirche restlos durchzusetzen. (Diesen grundsätzlichen Forderungen kommt aber der vom Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung in Weimar gefaßte Beschluß in weitem Maße entgegen.) In der Verfassungskommission der badischen Nationalversammlung saßen neben 7 Sozialdemokraten 8 Vertreter des Zentrums, 5 Vertreter der Demokraten und ein Vertreter der Deutschnationalen; eine sozialdemokratische Mehrheit war also weder in der Kommission, noch in der Nationalversammlung vorhanden. Trotzdem ist es gelungen, gleichsam jedem einzelnen Paragraphen den Geist der politischen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit einzuhauchen. Das wurde erleichtert durch den erfreulichen Umstand, daß die zur Beratung stehende Vorlage von einem Sozialdemokraten, unserem Parteiengenossen Dr. Dieß ausgearbeitet und von der badischen Volksregierung im wesentlichen akzeptiert worden war. Welche Fortschritte sind nun erreicht worden?

1. Baden ist eine demokratische Republik; das souveräne Volk ist alleiniger Träger der Staatsgewalt (§§ 1 und 2).
2. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gilt für alle 20 Jahre alten Staatsbürger, ohne Unterschied des Geschlechts und Standes. Damit ist auch in Baden das Frauenstimmrecht eingeführt.
3. Alle Badener sind vor dem Gesetze gleich. Die Vorrechte des Standes, der Geburt und der Privilegien sind beseitigt (§ 9).
4. Alle öffentlichen Ämter im Staate und in der Gemeinde sind für die Befähigten ohne Unterschied des Geschlechts gleich zugänglich.
5. Das Recht der freien Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit, sind gewährleistet. Es besteht freies Vereins- und Versammlungsrecht. Den Beamten und Staatsarbeitern, sowie den landwirtschaftlichen Arbeitern und Diensthöfen ist das uneingeschränkte Koalitionsrecht gesichert.
6. Jeder Landeseinwohner genießt ungehinderte Gewissensfreiheit. Auch andere religiösen Gemeinschaften als die katholische, protestantische und israelitische, sind künftig rechtlich gleichgestellt und besitzen das Vorrecht der Selbstbesteuerung (§ 18).
7. Die Schule untersteht nur den Gesetzen des Staates. Kein Lehrer darf wider seine Ueberzeugung zur Erteilung des Religionsunterrichts, kein Schüler wider die religiöse Ueberzeugung des Erziehungsberechtigten zum Besuch des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Handlungen gezwungen werden.

Der Unterricht in der Volks- und Fortbildungsschule ist für alle Schüler unentgeltlich, in den höheren Schulen für diejenigen Schüler, welche bedürftig und tüchtig sind.

Die zurzeit bestehenden nichtstaatlichen Lehranstalten für Volksschulunterricht sind spätestens bis Ostern 1925 aufzulösen; neue nichtstaatliche Lehranstalten werden nicht mehr zugelassen (§§ 19 und 67).

8. Der Landtag besitzt nunmehr die unbedingte Vollziehungsgewalt und ist befugt, die Minister selbst zu wählen. Niemand, insbesondere kein Beamter, Angestellter oder Arbeiter darf an der Uebernahme und Aus-

übung des Landtagsmandats gehindert und deshalb entlassen, noch darf ihm hierwegen gekündigt werden. Urlaub ist nicht erforderlich.

9. Für die Landtagswahlen gilt der sogenannte automatische Proporz. Jede Partei erhält für je 10000 für sie abgegebene Stimmen einen Abgeordneten. Damit ist ein gerechtes und ausgleichendes Wahlverfahren gesichert (§ 24).
10. Jederzeit können 80000 stimmberechtigte Staatsbürger verlangen, daß das Volksvorschlagsrecht, die sogenannte Volksinitiative, und die Volksabstimmung, das Volksreferendum, vorgenommen wird (§ 21).
11. Das Eigentum ist durch die Rücksichten auf die gewinnwirtschaftlichen Interessen beschränkt; freie Bahn für die Vergesellschaftung ist geschaffen (§ 14).
12. Neue Stammgüter dürfen nicht mehr errichtet werden. Das Sonderrecht der bestehenden Familien- und Stammgüter ist aufgehoben. Die Domänen sind ausschließliches Eigentum des badischen Staates (§§ 35 und 66).
13. Den Gemeinden, Gemeindeverbänden und Kreisen ist jetzt volle Selbständigkeit gewährt und ist Ausschluß des Klassenwahlrechts für die Gemeindevertretung beschlossen worden.

Zugleich wurde von der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung verlangt, daß die Sozialisierung in beschleunigtem Tempo vorgenommen werden müsse und daß die Arbeiter als Betriebsräte, die Soldatenräte in die neue Militärorganisation dem sozialen und öffentlichen Leben Badens und des Reiches anzugliedern sind.

Mittels der vorstehenden Paragraphen sind politische Fortschritte erzielt worden, zu deren Erreichung früher Jahrzehnte benötigt worden wären. Sie ebnen der politischen Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit auch in Baden die Bahn und ermöglichen es der Sozialdemokratie, für die Verfassung zu stimmen, zumal ihre jetzt in der Regierung sitzenden Vertreter die loyale Auslegung und Durchführung aller Verfassungsbestimmungen überwachen und anordnen können. Diese Verfassung soll zum Volksleben werden, weil in ihr die Errungenschaften der Revolution dauernd verankert sind. Mit gutem Gewissen können wir deshalb unseren Wählern und Wählerinnen empfehlen, am 13. April die gestellte Frage: Wird die Verfassung genehmigt? mit einem **Ja** zu beantworten.

Umwandlung der Nationalversammlung in einen ordentlichen Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat weiter beantragt, das badische Volk auch darüber zu befragen, ob es wünscht, daß die derzeitige Nationalversammlung in einen ordentlichen Landtag mit der Zeitdauer bis 15. Oktober 1921 umgewandelt wird. Sie will die schon erwähnten Errungenschaften der Revolution nicht nur durch die neue Verfassung gesichert wissen, sondern sie auf alle anderen Gebiete des staatlichen und öffentlichen Lebens übertragen; sie will gleichsam die Garantien schaffen, daß ihr die Früchte der Revolution in keiner Weise und durch keine Mittel einer etwaigen Gegenrevolution wieder entzogen werden können. Die demokratische Tugend des Mißtrauens wird in Revolutionszeiten zur unbedingten Pflicht sozialrevolutionärer Parteien, wenn es sich um Sicherung und Wahrung politischer und sozialer Fortschritte handelt. Deshalb müssen neben der Verfassung noch eine Anzahl anderer Gesetze mit den gleichen Zielen und Zwecken geschaffen werden. Wir nennen das Schulgesetz, ein neues Wahlgesetz, die endgültige Reform der Gemeinde- und Städteordnung, das Sozialistengesetz über die Ruhrbarmachung der Rheinwasserkräfte usw. Alle diese Gesetze bedingen die Notwendigkeit des weitreichenden gesetzgeberischen Einflusses der sozialdemokratischen Partei im allgemeinen und der sozialdemokratischen Fraktion im besonderen. Nur eine Fraktion, die eingeweiht und vertraut ist mit der bisher geleisteten Reformarbeit, besitzt die Möglichkeit, das große Werk: Die politische und wirtschaftliche Demokratisierung Badens klar und energisch zum guten Abschluß bringen zu können. Deshalb empfehlen wir unseren Parteiengenossen u. Parteiengenossinnen auch die zweite Frage: Soll die Nationalversammlung als Landtag weitergelten? mit **Ja** zu beantworten.

Wir fordern ferner unsere Anhänger auf, von dem Rechte der Volksabstimmung, das in Baden zum erstenmale ausgeübt wird, umfassenden Gebrauch zu machen und in so großer Anzahl zur Wahlurne zu schreiten wie am 5. Januar 1919. Wenn das badische Volk nun Träger der Staatsgewalt nach dem § 2 der Verfassung sein will, dann muß es am nächsten Sonntag sein Interesse an der künftigen Gestaltung des staatlichen Lebens durch starke Teilnahme an der Volksabstimmung vom 13. April erweisen.

Darum auf, Parteiengenossen und Parteiengenossinnen! Die Staatspflicht ruft Euch. Die erste Volksabstimmung muß im Zeichen des erwachten, politischen Interesses in Baden sein! Haltet die Löffel herbei, ermuntert die Säumigen und klärt die Unentschlossenen auf. Der freie Staat Baden im freien deutschen Reiche soll am nächsten Sonntag geschaffen werden. Selbst mit diesem hohen Ziel zu erreichen, damit die großen Errungenschaften der Revolution in keiner Weise mehr angetastet werden können.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung.

Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Badens.

Die Demokratisierung der inneren Verwaltung.

Von einem Beamten wird uns geschrieben:
 Wie im Reich so hat sich auch in unserem badischen Freistaat die Verwaltung und Regierungsweise nichts Wesentliches geändert. Das Personal ist im großen und ganzen das gleiche geblieben, und damit läuft auch alles im alten Gleise weiter. Bei der furchtbaren Unordnung, die die Revolution und die Demokratisierung anfänglich mit sich gebracht haben, ist das ruhige Funktionieren des Beamtenapparates wohl nicht zu entbehren gewesen und jedenfalls hochzuachten. Diese Tatsache darf aber keineswegs dazu verleiten, zu glauben, daß die Umwälzung sich mit den Veränderungen an der Spitze des Staates begnügt habe, und daß jetzt alles wieder im allgemeinen Beamtenrat weitergehe. Das ist keineswegs der Wille des Volkes, das eine Veränderung nicht nur am Haupt wollte, sondern auch an den Gliedern des lebendigen Leidmanns.

Der grundlegende Fehler unserer inneren Verwaltung ist ihre un-demokratische Handhabung. Die Selbstherrlichkeit, der Machtmißbrauch, der Herrenstandpunkt vieler unserer Verwaltungsbeamten sind von jeher eine ständige Plage der Landtagsabgeordneten und der öffentlichen Meinung gewesen. Die große Unzufriedenheit unserer ländlichen und städtischen Bevölkerung über die Kriegsmassnahmen hat ihren Hauptgrund nicht in den Vorschriften selbst, sondern in der kleinlichen, bedrückenden und aufreizenden Art ihrer Ausführung. Viele dieser Herren und Dämmlingsfürsten unserer Amtsbezirke haben es nicht verstanden, sich das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen durch eingehende, wahrhaftige, volkstümliche Aufklärung, Bezeichnung und Mitwirkung der Vorkämpfer der Bevölkerung bei der Beratung, Erlassung und Durchführung der Ausführungsvorschriften. Die alte Einrichtung der Bezirksräte ist schon allzulange überlebt und konnte kein neues Leben mehr gewinnen durch die Ausgestaltung zu einem kommunalverbandsähnlichen, dem einige genehme und bequeme, durch Kenntnisse, Loyalität und Gemeinnutze, wie es so schön im ehedemigen Verwaltungsgeheimrat heißt, ausgewählte Bezirksbeamte zugewählt wurden. Die Wahrung der Interessen erwies sich als unzulänglich. Es trat deshalb die Verfassung dieses Verwaltungssystems naturgemäß ein. Die kommunalverbandsähnliche Stellen in vielen Amtsbezirken nur eine dekorative Rolle. Regiert und verwaltet wurde von den „Großherzoglichen“ Amtsvorständen, die heute noch ihre Macht autoritär ausüben, wenn sie auch ein demokratisches Mantelchen sich umhängen. Die Arbeiter- und Soldatenräte der paar großen Städte, die durch ihre Zusammenfassung vielleicht befähigt sind, eine tatsächliche, nicht nur eingebildete wirksame Kontrolle auszuüben, besaßen dagegen gar nichts. Der Stand der Dinge, wie er eben in Wahrheit und Wirklichkeit ist, liegt so, daß unser demokratischer Freistaat wie früher von „Großherzoglichen“ Amtsvorständen verwaltet wird. Denn es fehlt durchaus an Vertrauen und an der Mitwirkung und Mitbestimmung des Volkes oder seiner Vertreter. Von Demokratie ist keine Spur zu entdecken. Eine Mitwirkung ist auch in den bestehenden Verhältnissen für jeden nicht mit den Vorgängen in der Verwaltung vertrauten denkbar schwierig. Zudem ist auch oft die Befähigung fehlen. Diejenigen aber, die es können, hat man nicht heranzubilden, auszubilden. Die Überwachung durch die Kontrollbehörden mußte aber bei der Fülle der Arbeiten so gut wie Null sein. Zudem weiß jeder Kenner, daß man einer hohen vornehmen Behörde sehr leicht ein A für ein U vormachen kann. Dabei ist nicht gesagt, daß man einem hohen Ministerium die Unwahrheit berichtet, aber auch nicht, daß man die Wahrheit vorgezogen hat. Der Zwischenstufen zwischen Wahrheit und Unwahrheit sind es gar viele. Das wird man einem Verwaltungsjuristen nicht zu lernen brauchen und ist im Schwanz.

Das Sinken der Moral und Integrität der Beamtenchaft aller Grade ist in diesem schrecklichen Krieg überall beobachtet worden. Dazu kam der Zwang, den öffentlichen Geld und Kriegsaufschlag über die Bevölkerung verträglich zu halten. Das führte dazu, daß man daran eine wahre Freude empfand, das Volk im Dunkeln zu halten und möglichst von jeder Anteilnahme auszuschalten. Wie wäre es sonst erklärlich, daß über die Tätigkeit, das Geschäftsgeschäft und die Vermögensverhältnisse der kommunalverbandsähnlichen Amtsvorstände die Vorlegung der Rechnungs- und Vermögensabschlüsse der kommunalverbandsähnlichen Amtsvorstände eine Wirkung hat. Was hat man zu verheimlichen? Ist es richtig, daß, wie wir zuverlässig erfahren haben, ein kleiner ländlicher kommunalverband ein Vermögen von fast 200 000 M. zusammenschleudert hat? Wie ist denn das nur möglich? Hat sich darüber das Ministerium noch nicht verlässigt? Die Demokratisierung der inneren Verwaltung ist eine grundlegende Forderung, die gleich nach dem Staatsgrundgesetz, der Verfassung und dem Wahlrecht kommt. Der Vertreter der Regierung, der Oberamtmann, mußte sich bisher als der unbedenkliche Hüter seines Amtsbezirks, der als getragener Oberst nach seinem eigenen Ermessen schalten und walten konnte. Die Mitwirkung des Volkes ist auf die nicht einmal den Schein von Demokratie erweckende Einrichtung des kommunalverbandsähnlichen Amtsvorstandes gegeben. Bezirksräte sind bestimmt.

Eine Kontrolle gegenüber dem Bezirksamt kann der Bezirks-

rat weder rechtlich noch tatsächlich ausüben. Denn diese Bezirksräte sind meistens Nullen, hervorragend nur durch ihre Selbstherrlichkeit oder ihre wichtiguerische Unbedeutendheit, die sie zu einem solchen Ehrenamt besonders befähigen, weshalb sie auch so fein ausgeheilt werden, die weil Leute mit politischem Willen, unbedeutlicher Wahrhaftigkeit und freier Geradheit der Gesinnung und bequamen sind, die spießbürgerliche Nationalliberalität fand hier ihre Pfanz- und Brutstätte, wurde in der letzten Zeit, besonders im Kriegsjahre, nicht nur deshalb auf dem Lande auch hauptsächlich gegen den zum kommunalverbandsähnlichen Amtsvorstand ausgestalteten Bezirksrat und seinem herrschlichen Vorstehen.

Die Arbeiter- und Soldatenräte, die Bauern- und Volksträte sind dagegen kein Heilmittel. Die Gegenmeinung amtlicher Anordnungen durch Vorstehende von Räten ist zwecklos. Warum? auch der politischste, revolutionärste und demokratischste Kopf kann Sachverständigen nicht entbehren. Aber fast mit ganz verschwindenden Ausnahmen sind bis jetzt die Sachverständigen im gesamten Staatsbetrieb zur Mitarbeit am Neubau nicht herangezogen worden. Von der Reichsregierung angefangen, überall wo wir auch sehen, erblicken wir diesen Mangel. Der Sachverständige, insbesondere der mittlere Beamte, ist in unserem badischen Staatswesen von der Revolution und ihren Beauftragten noch nicht erkannt worden. Den Tüchtigen freie Bahn und jeder Beamte soll zu jedem Amt (ausgenommen Ministeramt) zugelassen sein, ohne Rücksicht auf Denialität und Vorbildung. Die Erlaubnis der höheren Verwaltungsbeamten muß durch demokratische Maßnahmen gegeben werden. Dazu dient erstens: die demokratische Wahl der Bezirksräte, wie sie nun kommen soll, zweitens die Ausgestaltung ihrer Tätigkeit, insbesondere als Kontrollorgan des Bezirksamts, und drittens die Verziehung der mittleren Beamten (Reisenden und Sekretäre) zu beratender und beschließender Tätigkeit, Ertragung der Mitverantwortlichkeit durch selbständige Arbeitsarbeit, hervortretend auch nach außen durch Mitunterzeichnung der amtlichen Schriftstücke. Alle mittleren Verwaltungsbeamten sind im Krieg bis aufs äußerste zur Mitarbeit herangezogen worden. Außer solchen Redensarten ist ihnen keine ins Weite wiesende Anerkennung geworden. Wird sich jetzt die Volkserregung ihrer erinnern?

Ähnlich liegen die Verhältnisse in den Landgemeinden. Viele Bürgermeister haben sich sehr unlieblich gemacht, einedes dadurch, daß sie ihren eigenen Selbstinteressen allzu sehr zum Nachteil der ganzen Gemeinde oder vielmehr nur der Gegenpartei nachgingen, oder daß sie in der Hand des großen Amtsvorstandes nur ein allzu willfähriges Werkzeug waren. Willkürlich, Intereffepolitik, Vetoreiswirtschaft haben auf den Dörfern von jeher eine große Rolle gespielt, zumal die Kontrolle durch die Öffentlichkeit wegen des herrschenden Systems unmöglich war. Auch hier muß die weitestgehende Demokratisierung und in die Tiefe und Breite gehende Selbstverwaltung durch Erleichterung leistungsfähiger Gemeindevorstände. Eine durchgreifende Aenderung der Gemeindeordnung und des eng damit verbundenen, die Grundlage bildenden Gemeindefinanzwesens ist eine unumgängliche Notwendigkeit. Die Volkserregung hat damit auch bereits begonnen, allerdings aus einem anderen Beweggrund: nämlich um ein Bewußtsein, ein Vorrecht der Beamten, das in unsere Zeit nicht mehr paßt, abzuschaffen. Im Gesetzes- und Verordnungsstaat erscheint die Aufhebung des § 108 der Städteordnung, der bestimmt, daß Beamte usw. mit ihrem Dienstverkommen zu einer höheren Umlage als 80 Pf. zur Gemeindebesteuerung herangezogen werden dürfen. Soviel wir uns erinnern, erhielt keine unter der Städteordnung stehende badische Stadt eine allgemeine Umlage von mehr als 50 Pf. oder 80 Pf. vom Einkommensteuergehalt. Dagegen kommt das auf dem Lande in den Gemeinden vor, wenn auch allmählich abnehmend. Der § 108 der Gemeindeordnung ist aber nicht aufgehoben worden. Warum ist das nicht geschehen? Es scheint, daß hier ein Sachverständiger (namentlich nicht ein alter Bürokrat vom Ministerium zu verstehen ist) nicht mitgewirkt hat, wie das bisher durchweg der übliche Brauch war. Nicht zum Schaden der Sache, denn Gemeindeordnung und Gemeindefinanzwesen sind von verdrängten welftenden Büromenschen in Grund und Boden verunstaltet worden.

Nur dann kann Gutes und Ersprießliches geschaffen werden, wenn alle zur Mitarbeit Willigen und Fähigen zur Mitwirkung und zum Aufbau am heiligen Werke des Friedens, der Freiheit, der Demokratie, des Aufbaues der sozialistischen Republik herangezogen werden.

Die Lage in Bayern.

Sozialisierung.

München, 9. April. Der revolutionäre Soldatenrat veröffentlichte folgende Anordnungen über die Sozialisierung der Presse. Um die Sozialisierung der Presse sofort beginnen zu können, wird die gesamte Presse Bayerns unter gesellschaftliche und wirtschaftliche Kontrolle gestellt. Die gesamte Verwaltung und Betriebsführung untersteht auch in wirtschaftlicher Beziehung der öffentlichen Aufsicht. Die Kontrolle über die Presse soll durch den sozialistischen Lebensordnungsausschuss zu veranlassen und gleichzeitig endlich eine wahrhaft freie Meinungsäußerung zu ermöglichen, folgende Anordnungen über die Presse:

1. Die Presse soll die Treppe hinunter, keine Wut trieb ihn an, diese Brutalisierung traf an ihm. Satten nicht alle ein Recht, auf die Straße zu gehen, und nicht die besonders, die etwas Bestimmtes zu sagen, Gerades zu fordern hatten? Aber man trieb sie alle auseinander. Die Zeitungen schwiegen sich darüber aus.

Nach diesem Abend war es, als hätte die Volksee alle Gewalt und den Glauben an die eigene Macht verloren. Wiesner kam es bestimmt so vor, und er konnte es sich nicht vertragen, sie daraufhin zu betrachten. Man fühlt so etwas und ist sich nicht sicher, was man tun soll, was man bestimme das an, was schicksalhaftig sich erfüllen muß.

Die Luft war eine andere geworden. Wiesner hatte keine Lust mehr, irgend etwas Dienstliches zu tun, als ob es einen Sinn hätte, auf dem Sterbebett noch einen geloderten Weizenknopf anzuhängen, alles erschien ihm im Hinblick auf das, was kommen mußte, gering. Auch anderen Menschen mußte es wohl so ergangen sein. Die Zigarettenarbeiterinnen im vierten Stock gegenüber, die sonst niemals von ihren breiten Füßen aufstiegen, rissen alle Viertelstunde die Fenster auf und schauten gespannt in die Straße, als müßte etwas ganz Besonderes seinen Einzug halten. Wann würde es denn kommen? — Käme es denn? Natürlich!

5. „Die größten Geldentaten werden zwischen vier Wänden getan; und da die Geschichte nur die Aufzählungen des männlichen Geschlechtes zählt, und überhaupt nur mit vergoitem Blute schreibt: so sind in den Augen des Weltweites unsere Annalen gewiß größer und schöner, als in den Augen des Welthistorikers; die großen Taten werden nur nach den Engeln oder Teufeln geurteilt, welche darin spielen, und die Menschen zwischen beiden werden ausgelassen.“ ... Wiesner tippte sich für ein Notizbuch Säge aus Wäldern, die er gerade las, er warierte. Was konnte man nachts tun? —

gen umfassende Einzelbestimmungen. Eine weitere Verordnung des provisorischen Zentralrates besagt: Es wird hiermit meine Sonntagsruhe, auch für die Presseangehörigen, angeordnet. Die Lebensmittelgeschäfte bleiben von der Anordnung ausgenommen.

München, 9. April. Auf Anordnung des Zentralrates werden zur Bekämpfung der Sozialisierung alle Unternehmungen unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt. Die Betriebe haben angeordnet weiter zu gehen, die leitenden Persönlichkeiten die Arbeit fortzusetzen. Gesellschaftsbekämpfung und Selbstverwaltung werden durch Betriebsräte bzw. durch die Arbeiter- und Beamtenvereine kontrolliert. Der Zentralrat fordert alle örtlichen Arbeitervereine auf, durch Delegierte die Hotels und Gasthäuser auf Lebensmittelvorräte, Maßzeiten und Zimmerpreise zu kontrollieren, Vorräte, die den normalen Verbrauch übersteigen, zu beschlagnahmen und den kleinen Gasthöfen, in denen vorwiegend Arbeiter verkehren, zugewiesen.

Die Bewegung in der Hauptstadt.

München, 7. April. Als um die Mittagsstunde die Glocken von den Kirchenglocken der Räte-Republik verkündeten, bildete sich ein Zug von einigen hundert Leuten aus den sogenannten „besseren“ Ständen, die gegen den neuen Zustand protestieren wollten; die Teilnehmer wurden von den Rätegruppen aus einander getrieben. Auf der Herkulesstraße, wo sich ein paar tausend Personen eingefunden hatten, und auf mehreren Plätzen der inneren Stadt fanden Kundgebungen für die Räte-Republik statt, die von den Kommunisten und Spartaisten mit GegenDemonstrationen erwidert wurden. Die Gegenstände der Kommunisten kommen in einem Aufzuge zum Ausdruck, in dem diese Gruppe auf das entschiedenste gegen die Räte protestiert, durch Proklamieren einer Schein-Räte-Republik den Bestanden des Nationalrats zu verwaschen und zu erzwingen; es heißt in der Kundgebung, die zur Bildung eines Organs zwecks Vorbereitung einer neuen Regierung aufruft:

Wenn jetzt von den unabhängigen Arbeitervereinen, den Scheinsozialisten und den anarchoistischen Konfusionsbrütern eine Schein-Räte-Republik proklamiert wird, so glaubt nicht, die Wahl eines revolutionären politischen Organs wäre überflüssig, mehr denn je ist es notwendig! Wie eine Seitenblase platzt, wie ein Kartenhaus zusammenfällt, so wird jenes künstliche Gebilde, das über die Köpfe der Massen hinweg mit Nationalratsamt und Selbstverleumdung ideologisch überhöhter in die Welt gesetzt wurde, in sich zusammenfallen, weil es ihm an innerer Kraft gebricht. Der neuzuwählende revolutionäre Rat hat die Vorbereitung zur Ergreifung der politischen Macht zu treffen. Außerdem muß er seinerseits darüber bestimmen, wann die Zeit zur Proklamierung der kommunistischen Räte-Republik als gegeben zu betrachten ist. Nach wie vor werden wir unsere Ideen in die Massen einzutragen und einen scharfen Trennungsschnitt ziehen zwischen uns und allen sozialdemokratischen Vertretern, die bisher das Räteystem bekämpften, und den immer schwächeren unabhängigen, welche das Räteystem bewässerten!

Die Kundgebung der kommunistischen Partei bedeutete also ein erste Kampfanzeige an die neugegründete Räte-Republik.

Berlin, 9. April. Laut Berliner „Korrespondenz“ hat die letzte Parteiverammlung der Reichsbetriebssozialisten in München beschlossen, ihren Antrag zu beantragen, noch einmal zu versuchen, die Einzelkämpfer herzustellen, was bisher an den Forderungen Dr. Levis nicht gescheitert war. Geht dies nicht, dann lehnt die Versammlung die Mitwirkung an dem Verwaltungsgeheimrat der Räte-Republik ab. Nach Meinung des Rates ist an die Herstellung einer Einheitsfront auf Grund der Levischen Forderungen bei der Haltung des Bauernrates und der Reichsbetriebssozialisten gar nicht zu denken.

Mannheimer Aktionsprogramm.

Mannheim, 9. April. Der Aktionsausdruck, der aus Vertretern der Arbeiterkassen der hiesigen Fabrikbetriebe besteht, hat einen Aufruf an die Arbeiterkassen und ein Aktionsprogramm herausgegeben, in dem die Einigung des proletariats gefordert wird. Unter den Programmpunkten befinden sich die geforderte Verankerung der Arbeiter-, Soldaten-, Betriebs- und Wirtschaftsräte, Anknüpfung politischer Beziehungen zu den Sowjetregierungen, Auflösung der freiwilligen Korps und Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, Befreiung der Betriebsämter von der gesamten Unterwerfung, Annullierung der Arbeitslosen, Trennung von Staat und Kirche, Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen und Festlegung von Minimallohn und eines Existenzminimums für alle ohne eigene Schuld Arbeitsunfähigen.

Magdeburg.

Magdeburg, 9. April. Gestern nacht kam es hier zu blutigen Zusammenstößen. Eine große Menschenmenge versuchte die „Vollstimmte“ zu stürmen. Es entpand sich ein heftiges Feuergefecht, in dessen Verlauf die Menge die Straße erreichte. Ein Tozer und mehrere Verwundete sind zu beklagen. Auch vor der Hauptpost kam es zu Schießereien. Heute früh sind die ersten Regierungstruppen hier eingetroffen. Der Streik wird noch fortgesetzt.

Morgenröte.

Eine Novelle von Khaban.

Wie alle doch das Gras haben wachsen hören, wenn es einmal da ist, wenn sie darin liegen und es mit reifen Sonnenstrahlen in ihre Nase fängt! Das Bild der Stadt wurde immer merkwürdiger. Eines Abends, es mochte gegen 5 Uhr gewesen sein, Wiesner las gerade, da er allein war, bei offenem Fenster eine Studie über Michael Bakunin, den „großen Besessenen“, der „als junger Mensch alle alten Fiel in Berlin überholt hatte“ und voll Satansreier in revolutionärem Sturm so oft in tote Wäde gelajen hatte, alarmierte ihn plötzlich ein sonderbares Geräusch. Er trat auf den Balkon. Über den Pariser Platz bewegten sich schwarze Klumpen, die rasch zu Schwärmen auszuwachsen, sich verdichteten, zum Strom wurden und die Linden füllten. Sagen sie? Ja, sie sagen. Noch Klang es wie ein übermächtiger ferner Chor, aber es war schon zu erkennen, es war die Marjellaise. In Erwartung bewegte sich der Zug viel zu langsam, aber er näherte sich doch, er bewegte sich. Wie das den Blick überließ, in den Schläfen kribelte, wie man es in den Armen spürte! Schlagartig ändert das Blut seinen Gang, es fließt und zieht und herrscht.

Der Zug hielt vor der russischen Botschaft. Man hörte Hochrufe. Dann stieß er langsam weiter. An der Friedrichstraße-Kreuzung hatten sich berittene Gendarmen versammelt, die sich zu beraten schienen, Verhärzung spranete an. Die blanken Säbelklingen schlugen an die Pferdeklappen. Wie auf ein Zeichen machten sie mit einemmal kehrt und ritten schloßwärts bis in die Höhe der königlichen Bibliothek. Der Zug kloß weiter, Alte, Junge, Männer, Frauen, eine geschlossene Armee, die immer wieder die Arme erhob, begeisterte Anrufe bekräftigend, Zustimmungen manifestierend. Zwischen Gienf und Schloßkaffe bildete die Polizei eine Mauer, sie zog die Waffe und ritt gegen die Menge an und schlug und ließ in sie

Arbeiten, und wieder rückwärts und um sich blicken und die Zukunft zu erraten suchen. Im langen, bartnackigen Nachdenken erdienen Völkerschicksale wie ein Berg- und Talarjell, aber so war es doch nie je zuvor gewesen, daß nur Generäle bestimmten, gar, daß ein Hirn dem Gerdenwich das Wäden verbieten hätte. Wenn der Kopf milde wird, wirft er die unfeierlichen Einfälle in strengemwidelte Gedankenänge, als wolle er dazwischen rücken. Aber schließlich im Bett, um endlich zu einem Einschlafen zu kommen, war es doch gut, darauf zu beschließen, daß 60 Millionen nicht einfach so weggerückt werden können, ganz abgesehen von den ungezählten Millionen der Menschen ringsum, deren Wort, bis auf Drohungen jetzt verflochten war.

Also, so begann es also. Man begann damit, „auterlässige Truppen“ auf Lokantons und Bauernwagen durch die Stadt zu fahren, wie Menagerietiere, die nötigenfalls auf andere, Säbellinge, losgelassen werden sollten. Polizisten standen mit umgehängten Gewehren Wahe, erhielten kriegstarke Proklamationen. Dafür gab es sicherlich Tabellen, was in solchen Augenblicken noch zu tun war. Merkwürdig war auch dies: ein General, der sich das Recht nimmt, aus dem überfüllten Straßenbahnwagen durch die geperrte Vorderkür und die Fahrgastplattform zu steigen, erhält vom Schaffner einen scharfen Kadel. Dadurch zum Neubersten gebracht, erhebt er seinen Stof, macht Augen wie ein Narr, schreit und schreit schließlich mit aller Heftigkeit: „Wissen Sie, wer ich bin? Ich bin Czjellens v. W., Stadtkommandant von Berlin!“ Der Schaffner hält, er betrachtet ihn ruhig und entgegnet ganz sachlich nach einer Pause, in der er sich alles zurteilete und überlegt hatte, wie einer noch ein Stückchen vom Gut knistete er ihn aufleht: „Bachant sind Sie hier, weiter nichts, und wenn Sie der König von Sada wären.“ Damit sog er die Brumie und ließ den Wagen laufen. Wiesner notierte sich das, es gehörte zu der von ihm beobachteten Entwidlung der Geschehnisse.

Arbeiten, und wieder rückwärts und um sich blicken und die Zukunft zu erraten suchen. Im langen, bartnackigen Nachdenken erdienen Völkerschicksale wie ein Berg- und Talarjell, aber so war es doch nie je zuvor gewesen, daß nur Generäle bestimmten, gar, daß ein Hirn dem Gerdenwich das Wäden verbieten hätte. Wenn der Kopf milde wird, wirft er die unfeierlichen Einfälle in strengemwidelte Gedankenänge, als wolle er dazwischen rücken. Aber schließlich im Bett, um endlich zu einem Einschlafen zu kommen, war es doch gut, darauf zu beschließen, daß 60 Millionen nicht einfach so weggerückt werden können, ganz abgesehen von den ungezählten Millionen der Menschen ringsum, deren Wort, bis auf Drohungen jetzt verflochten war.

Also, so begann es also. Man begann damit, „auterlässige Truppen“ auf Lokantons und Bauernwagen durch die Stadt zu fahren, wie Menagerietiere, die nötigenfalls auf andere, Säbellinge, losgelassen werden sollten. Polizisten standen mit umgehängten Gewehren Wahe, erhielten kriegstarke Proklamationen. Dafür gab es sicherlich Tabellen, was in solchen Augenblicken noch zu tun war. Merkwürdig war auch dies: ein General, der sich das Recht nimmt, aus dem überfüllten Straßenbahnwagen durch die geperrte Vorderkür und die Fahrgastplattform zu steigen, erhält vom Schaffner einen scharfen Kadel. Dadurch zum Neubersten gebracht, erhebt er seinen Stof, macht Augen wie ein Narr, schreit und schreit schließlich mit aller Heftigkeit: „Wissen Sie, wer ich bin? Ich bin Czjellens v. W., Stadtkommandant von Berlin!“ Der Schaffner hält, er betrachtet ihn ruhig und entgegnet ganz sachlich nach einer Pause, in der er sich alles zurteilete und überlegt hatte, wie einer noch ein Stückchen vom Gut knistete er ihn aufleht: „Bachant sind Sie hier, weiter nichts, und wenn Sie der König von Sada wären.“ Damit sog er die Brumie und ließ den Wagen laufen. Wiesner notierte sich das, es gehörte zu der von ihm beobachteten Entwidlung der Geschehnisse.

Arbeiten, und wieder rückwärts und um sich blicken und die Zukunft zu erraten suchen. Im langen, bartnackigen Nachdenken erdienen Völkerschicksale wie ein Berg- und Talarjell, aber so war es doch nie je zuvor gewesen, daß nur Generäle bestimmten, gar, daß ein Hirn dem Gerdenwich das Wäden verbieten hätte. Wenn der Kopf milde wird, wirft er die unfeierlichen Einfälle in strengemwidelte Gedankenänge, als wolle er dazwischen rücken. Aber schließlich im Bett, um endlich zu einem Einschlafen zu kommen, war es doch gut, darauf zu beschließen, daß 60 Millionen nicht einfach so weggerückt werden können, ganz abgesehen von den ungezählten Millionen der Menschen ringsum, deren Wort, bis auf Drohungen jetzt verflochten war.

Arbeiten, und wieder rückwärts und um sich blicken und die Zukunft zu erraten suchen. Im langen, bartnackigen Nachdenken erdienen Völkerschicksale wie ein Berg- und Talarjell, aber so war es doch nie je zuvor gewesen, daß nur Generäle bestimmten, gar, daß ein Hirn dem Gerdenwich das Wäden verbieten hätte. Wenn der Kopf milde wird, wirft er die unfeierlichen Einfälle in strengemwidelte Gedankenänge, als wolle er dazwischen rücken. Aber schließlich im Bett, um endlich zu einem Einschlafen zu kommen, war es doch gut, darauf zu beschließen, daß 60 Millionen nicht einfach so weggerückt werden können, ganz abgesehen von den ungezählten Millionen der Menschen ringsum, deren Wort, bis auf Drohungen jetzt verflochten war.

Arbeiten, und wieder rückwärts und um sich blicken und die Zukunft zu erraten suchen. Im langen, bartnackigen Nachdenken erdienen Völkerschicksale wie ein Berg- und Talarjell, aber so war es doch nie je zuvor gewesen, daß nur Generäle bestimmten, gar, daß ein Hirn dem Gerdenwich das Wäden verbieten hätte. Wenn der Kopf milde wird, wirft er die unfeierlichen Einfälle in strengemwidelte Gedankenänge, als wolle er dazwischen rücken. Aber schließlich im Bett, um endlich zu einem Einschlafen zu kommen, war es doch gut, darauf zu beschließen, daß 60 Millionen nicht einfach so weggerückt werden können, ganz abgesehen von den ungezählten Millionen der Menschen ringsum, deren Wort, bis auf Drohungen jetzt verflochten war.

Arbeiten, und wieder rückwärts und um sich blicken und die Zukunft zu erraten suchen. Im langen, bartnackigen Nachdenken erdienen Völkerschicksale wie ein Berg- und Talarjell, aber so war es doch nie je zuvor gewesen, daß nur Generäle bestimmten, gar, daß ein Hirn dem Gerdenwich das Wäden verbieten hätte. Wenn der Kopf milde wird, wirft er die unfeierlichen Einfälle in strengemwidelte Gedankenänge, als wolle er dazwischen rücken. Aber schließlich im Bett, um endlich zu einem Einschlafen zu kommen, war es doch gut, darauf zu beschließen, daß 60 Millionen nicht einfach so weggerückt werden können, ganz abgesehen von den ungezählten Millionen der Menschen ringsum, deren Wort, bis auf Drohungen jetzt verflochten war.

Arbeiten, und wieder rückwärts und um sich blicken und die Zukunft zu erraten suchen. Im langen, bartnackigen Nachdenken erdienen Völkerschicksale wie ein Berg- und Talarjell, aber so war es doch nie je zuvor gewesen, daß nur Generäle bestimmten, gar, daß ein Hirn dem Gerdenwich das Wäden verbieten hätte. Wenn der Kopf milde wird, wirft er die unfeierlichen Einfälle in strengemwidelte Gedankenänge, als wolle er dazwischen rücken. Aber schließlich im Bett, um endlich zu einem Einschlafen zu kommen, war es doch gut, darauf zu beschließen, daß 60 Millionen nicht einfach so weggerückt werden können, ganz abgesehen von den ungezählten Millionen der Menschen ringsum, deren Wort, bis auf Drohungen jetzt verflochten war.

Arbeiten, und wieder rückwärts und um sich blicken und die Zukunft zu erraten suchen. Im langen, bartnackigen Nachdenken erdienen Völkerschicksale wie ein Berg- und Talarjell, aber so war es doch nie je zuvor gewesen, daß nur Generäle bestimmten, gar, daß ein Hirn dem Gerdenwich das Wäden verbieten hätte. Wenn der Kopf milde wird, wirft er die unfeierlichen Einfälle in strengemwidelte Gedankenänge, als wolle er dazwischen rücken. Aber schließlich im Bett, um endlich zu einem Einschlafen zu kommen, war es doch gut, darauf zu beschließen, daß 60 Millionen nicht einfach so weggerückt werden können, ganz abgesehen von den ungezählten Millionen der Menschen ringsum, deren Wort, bis auf Drohungen jetzt verflochten war.

Arbeiten, und wieder rückwärts und um sich blicken und die Zukunft zu erraten suchen. Im langen, bartnackigen Nachdenken erdienen Völkerschicksale wie ein Berg- und Talarjell, aber so war es doch nie je zuvor gewesen, daß nur Generäle bestimmten, gar, daß ein Hirn dem Gerdenwich das Wäden verbieten hätte. Wenn der Kopf milde wird, wirft er die unfeierlichen Einfälle in strengemwidelte Gedankenänge, als wolle er dazwischen rücken. Aber schließlich im Bett, um endlich zu einem Einschlafen zu kommen, war es doch gut, darauf zu beschließen, daß 60 Millionen nicht einfach so weggerückt werden können, ganz abgesehen von den ungezählten Millionen der Menschen ringsum, deren Wort, bis auf Drohungen jetzt verflochten war.

Arbeiten, und wieder rückwärts und um sich blicken und die Zukunft zu erraten suchen. Im langen, bartnackigen Nachdenken erdienen Völkerschicksale wie ein Berg- und Talarjell, aber so war es doch nie je zuvor gewesen, daß nur Generäle bestimmten, gar, daß ein Hirn dem Gerdenwich das Wäden verbieten hätte. Wenn der Kopf milde wird, wirft er die unfeierlichen Einfälle in strengemwidelte Gedankenänge, als wolle er dazwischen rücken. Aber schließlich im Bett, um endlich zu einem Einschlafen zu kommen, war es doch gut, darauf zu beschließen, daß 60 Millionen nicht einfach so weggerückt werden können, ganz abgesehen von den ungezählten Millionen der Menschen ringsum, deren Wort, bis auf Drohungen jetzt verflochten war.

...wird hiermit die Pressean-

...die Waden verflüchteten, in den jogen, protestie-

...Bedeutet also Republik.

...aus der Ver-

...zu Klugheit

...en und die

...überfüllten

Magdeburg, 10. April. Nach einer Feststellung des Land-

Magdeburg, 9. April, 12 Uhr mittags. Die Truppen des

Magdeburg, 9. April. General Märker hat den Gewerkschafts-

Die Lebensmittelnot.

Bremerhaven, 9. April. Die große Erregung der Be-

Darmstadt, 9. April. In der heftigsten Volksstimmung teilte

Krise in der Friedenskonferenz.

Wien, 9. April. Einem Abstimmen aus New-

Konsequenzen für das Rätesystem.

In der „Kreuzzeitung“ bezieht sich Graf Westarp

Die Frage der Auslieferung Wilhelm II.

Paris, 9. April. Diplomatischer Situations-

Aus Frankreich.

Paris, 9. April. Nach den Pariser Blättern fanden bei der

Paris, 8. April. Weiter. Der Präsident Poincaré hat auf

Paris, 9. April. Agence Havas. Die Kammer nahm mit

Wie die Franzosen mit den deutschen Verleuten verfahren.

Wie die Franzosen mit den deutschen Verleuten verfahren.

schlafen lassen. Anderntags wurden sie nach Gomburg gebracht.

Rätekongress.

Wien, 8. April. Auf dem Berliner Rätekongress

Wien, 8. April. Kallisk leitete seine Kritik mit der von

Baden.

Zur Volksabstimmung am 13. April 1919.

Im Gegensatz zu dem bei den Wahlen üblichen Verfahren

Deutsche Nationalversammlung.

Finanzminister Schiffer über den Etat.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 15 Min.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 15 Min.

Das Unterrichtsministerium hat die Lehrer sämtlicher

Durlach, 9. April. Maschinenfabrik Gröhner & Co. Durlach.

Kastatt, 9. April. Beim Scheitern der Pferde kam hier

Kastatt, 10. April. Wir verweisen nochmals auf die heute

Kastatt, 9. April. Die Vereinsbank Kastatt hat der Be-

Baden-Baden, 9. April. Im Alter von 78 Jahren ist Stadtrat

Baden-Baden, 9. April. Die Redaktion des im Köhlsheim

Wahl bei Ketzingen, 9. April. Der 12jährige Sohn des Schiff-

Konstanz, 9. April. Heber einen mitschlachten Goldschmuggel

Seibelsberg, 9. April. In einem Hause an der Bunsenstrasse

Die Franzosen im Saarland. In letzter Zeit wurde in

Die Bekämpfung des Schleißhandels in Baden.

Der Jagndungsabteilung des bad. Kriegswehramtes wurden

Bei Verfolgung des wilden Aufkaufs von Kartoffeln (beson-

Restgenommen wurden wegen Schleißhandels mit Fleisch

derminderung des Geldes veranlaßt. Umso mehr müssen wir das Gebot der Sparigkeit berücksichtigen. Am allgemeinen ist das Drängen nach Ausgaben vom Parlament viel stärker gewesen als von der Regierung. Das natürliche Verhältnis aber ist, daß die Volkswirtschaft den Damm auf den Damm hat. Eine Reduktion des Beamtenbesoldungsgehaltes ist in Vorbereitung. Wir haben deshalb 1,6 Milliarden Mark für Feuerungsbeihilfen an Beamte eingesetzt. Wir konnten diese Hilfe den Beamten umsonstiger betragen, als wir gerade in dem lästigen und unheimlichen arbeitslosen und geringlöhnten deutschen Beamtentum ein billiges Erbe aus der Vergangenheit haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Es erhebt sich die Frage, wie wir bei einem Anhalten der Preissteigerungen die berechtigten Wünsche der Beamten befriedigen können, ohne in Widerspruch mit unsern Finanzen zu kommen. Da gibt es nur ein Mittel: die Herabsetzung der Zahl der Beamten und Behörden. Auf der anderen Seite wird es die Sozialisierung mit sich bringen, daß wir die Zahl der Beamten erheblich vermehren müssen. Da muß ein offenes Wort gesprochen werden: Auch dem Beamtentum sind Grenzen gezogen, die nicht überschritten werden können, wenn nicht die Allgemeinheit Schaden leiden soll. Dinge, die nun einmal den freien Verufen überlassen sind, können auch durch den tüchtigsten Durchschnittsbeamten nicht übernommen werden. Die Gefahr einer solchen Bürokratisierung droht vielleicht auch auf dem Gebiete der Presse. Wir haben im Auswärtigen Amt zwei Posten für den Pressedienst eingesetzt und wir wollen damit nur alte Verhältnisse gutmachen, aber das Uebermaß von Presseorganisation, an dem wir gegenwärtig in der Verwaltung leiden, muß freilich auch wieder abgebaut werden. Wenn aus Reichsmitteln Propaganda für einzelne Parteien getrieben wird, so muß sich das namens der ganzen Regierung als durchaus inakzeptabel bezeichnen. Gegen solche Mißgriffe wird mit Entschiedenheit vorgegangen.

Der Etat enthält noch eine Position zur Durchführung von Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung nach dem Auslande, denn die Zustände, die auf diesem Gebiete sich herangebildet haben, sind so übel, daß noch viel einschneidendere Maßnahmen nötig sind. Im Mittelpunkt des Etats stehen die Steuern, die mit einem Gesamtertrag von 7 Milliarden eingesetzt sind. Es ist allerdings wie in mir sonstigst ausgehend allerhand Vorschläge gemacht, nicht möglich, den Reichsfinanzen durch Erhebung öffentlicher Spielbänke aufzuhelfen. Keine Absicht, ihnen alle steuerlichen Maßnahmen auf einmal vorzulegen, hat sich als nicht durchführbar erwiesen. Auf das Entnehmen mit den Einzelstaaten auf diesem Gebiete lege ich den allergrößten Wert und habe diesen Gedanken z. B. in dem Abkommen über das württembergische Vierteljahr-Neuerba auch bereits Opfer gebracht. Hier erhebt sich nun die Frage, ob unser Volk die gewaltigen Steuerlasten überhaupt tragen können. Ich bin fest überzeugt, daß unser Volk dazu in der Lage ist, wenn diese Steuerlast verknüpft ist mit einer Senkung der Preise. Wenn diese Senkung nicht erfolgt, dann wird allerdings die Finanzierung des Reiches nicht auf die Dauer möglich sein. Die Preise können aber nur gesenkt werden, wenn wir mehr Güter erzeugen. Wir müssen arbeiten. Als Leiter der Finanzverwaltung richte ich daher an die Gesamtheit unseres Volkes die Aufforderung, zu den Gewohnheiten und Tugenden unseres Volkes zurückzukehren. Arbeitslust und Arbeitskraft muß neu belebt werden, und wir müssen von dem organisierten Wahnwitz der Gegenwart ablassen. Auch dann wird das Werk der Ordnung unserer Finanzen noch umgeheuer schwer sein. Alle Kräfte müssen zu diesem Zweck zusammenstehen. Das große Reformwerk kann nach Lage der Dinge nur von der Regierungsmehrheit geschaffen werden, aber ich lege Wert auf die Mitarbeit aller Parteien, selbst wenn sie sich in Form einer scharfen Kritik äußern. Das große Werk, das vom Volke getragen werden wird, muß aus der Mitarbeit des ganzen Volkes herauswachsen. (Lebhafte Zustimmung.)

Das Haus verläßt die Weiberalung auf Donnerstag vormittag 11 Uhr. — Schluß 5 Uhr.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 8. April. (M.D.) Der Nationalversammlung ist ein Gesetzentwurf über die Einführung der Sommerzeit zugegangen. Danach soll die Sommerzeit am 28. April 1919 vormittags 2 Uhr nach der gegenwärtigen Zeitrechnung beginnen und am 15. September 1919 vormittags 8 Uhr enden.

Weimar, 8. April. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat am Dienstagabend beschlossen, dafür einzutreten, daß der 1. Mai 1919 als Nationalfeier festgesetzt und als Forderung am 1. Mai aufzunehmen wird: 1. Die Heimückung der noch in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen und 2. die Forderung der Entlassung aller deutschen und sonstigen Kriegsgefangenen in den Ländern der Entente.

Von der Sozialisierungskommission.

Berlin, 9. April. Die Sozialisierungskommission hat in einem Angeren Schreiben an den Reichswirtschaftsminister Wissell unterzeichnet von ihrem Vorsitzenden Kaustsch, ihr Amt niedergelegt, da sie aus verschiedenen Vorannahmen der letzten Wochen die Ueberzeugung gewonnen hat, daß ein Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsministerium und der Regierung unter dem gegenwärtigen System nicht möglich sei. Die Kommission in den befürchteten Apparat eingeleitet werden sollte, was dieselbe ablehnt, während die Regierung ihr in wichtigen Fragen, namentlich dem Substitutionsrecht, die geforderte Bewegungsfreiheit nicht bewilligen zu können glaubt. Dies sei u. a. bei der Behandlung des Kommissionsberichts über die Sozialisierung der Rohstoffwirtschaft zugunsten der Sozialisierung der Nationalversammlung und der Öffentlichkeit abschließend solange vorenthalten habe, bis ihr eigener, der Kommission entnommen aller Zusagen niemals vorgelegter Gesetzentwurf in Weimar durchgeführt sei.

Aus der Partei.

Bezirk Karlsruhe. Am Montag den 14. April nachmittags 4 Uhr in der Restauration „Auerbach“ Bezirkskonferenz. Tagesordnung: Gemeinde-, Bezirks- und Kreiswahlen. Unsere Vertrauensleute und Vorstehenden werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Sozialdemokratischer Verein der Bezirke Forth im, Durlach, Gillingen und Gernsbach. Wir fordern die Genossen nochmals auf, die Abrechnung sofort fertig zu stellen und einzureichen. Da die derzeitige Mitgliederzahl für die Wahlung des in Kürze stattfindenden Deutschen Parteitages zurunde gelegt wird, wolle man genau die Zahl der Mitglieder angeben. Alle Sendungen sind zu richten an Christian Spork, Durlach, Hauptstr. 56.

Durlach, 10. April. Es sei nochmals auf die heute abend 6 Uhr im „Goldenen Löwen“ stattfindende Jugendversammlung hingewiesen. Genosse Friedrich Böhm wird über Arbeiterjugend und die neue Zeit sprechen. Die Arbeiterkinder werden ersucht, ihre Söhne und Töchter, die aus der Schule entlassen sind, in die Versammlung zu schicken und auch selbst zu erscheinen.

Durlach, 9. April. Auf die am nächsten Montag den 14. April im „Lamm“ stattfindende Versammlung des Sozialdem. Vereins wollen wir ganz besonders aufmerksam machen. Die Frage der Aufstellung der Kandidaten zu den bevorstehenden Gemeindevahlen erfordert das Erheben sämtlicher Mitglieder.

Kreidelsheim, 10. April. Samstag, 12. April, abends 8 1/2 Uhr. Im „Bad. Hof“ eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Stadtv. A. Hele-Karlsruhe und Frau Ruff-Karlsruhe über die Gemeindevahlen und die Aufgaben der Frau in Staat und Gemeinde sprechen werden.

Gondelsheim, 10. April. Nächsten Samstag abends 8 Uhr, findet im „Lamm“ eine Mitglieversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Es findet eine Aussprache über die Volksabstimmung am nächsten Sonntag statt; das Erheben aller Genossen ist deshalb dringend erforderlich; auch Leiter der Parteipresse sind eingeladen.

Neuenfeld, 8. April. Freitag abends 1/2 8 Uhr findet hier eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Gen. Stadtv. A. Hele-Karlsruhe über „Die kommenden Gemeindevahlen“ einen Vortrag halten wird. Die Männer und Frauen unseres Ortes sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen, die Parteigenossen werden ersucht, für einen guten Besuch zu agieren.

Uffern, 8. April. Nächsten Sonntag, 13. April, nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthaus „zum Lachen“ eine öffentl. Frauenversammlung statt, in der eine Genossin aus Karlsruhe über „Die Aufgaben der Frau in Staat und Gemeinde“ sprechen wird. Die Bürgerin vor allem aber die Frauen sind zu dieser Versammlung eingeladen; es findet freie Aussprache statt.

Kappelrodt, 8. April. Am Sonntag, 13. April, nachmittags 3 Uhr, spricht in einer öffentlichen Volksversammlung im Gasthaus zum „Pringen“ Gen. Stadtv. A. Hele aus Karlsruhe über die kommenden Gemeindevahlen. Die Bevölkerung unseres Ortes ist zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen. Nach dem Vortrag freie Aussprache.

Chausenberg, 8. April. Samstag, 12. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet eine Parteiversammlung bei Genosse Kappel zum „Sonne“ statt. Gen. C. u. G. Karlsruhe wird über die bevorstehenden Gemeindevahlen sprechen. Nicht eines jeden Genossen ist es pünktlich zu erscheinen. Auch Leiter der Parteipresse und Freunde unserer Sache sind freundlichst eingeladen.

Sozialistische Studenten. In Oftern findet in Jena die erste Konferenz der sozialistischen Studenten Deutschlands statt. Die Heidelberger akademische Gruppe entsendet 4 Vertreter. Auch in Freiburg besteht eine solche Gruppe, in Karlsruhe ist eine solche in der Bildung begriffen.

Aus der Stadt.

• Karlsruhe, 10. April.

Erhöhung der Brotpreise.

Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, waren der Vab. Väterbund und verschiedene Vätervereine des Landes in der letzten Zeit wiederholt mit dem Ersuchen an die Regierung herangetreten, eine Brotpreisobergrenze anzuordnen. Zur Begründung ihrer Bitte wiesen sie auf die allgemeine Teuerung, die erheblich gestiegenen Rohstoffpreise und die Erhöhung der Wäckerpreise hin.

Nach eingehenden Beratungen mit den in Betracht kommenden Interessenkreisen und nach Anhörung des parlamentarischen Lenkungsorgans glaubte die Regierung (Ernährungsministerium) dem Verlangen der Vätervereine entgegen kommen zu müssen. Die Kommunalverbände wurden deshalb ermächtigt: 1. bei der Berechnung der Brotpreise den Zuschlag von 45 v. H. der Steuer für die Unkosten des Bäckers (einschließlich der Zinsen) für die Entlohnung seiner Arbeit und für seinen Verbrauch mit einem Höchstbetrag von 21 M. für den Doppelgärtner Wirtschaft in Rechnung gestellt werden durfte, die erwähnte Höchstbegrenzung in Weisung kommen zu lassen. 2. für die seit 1. September 1918 erfolgte Erhöhung der Rohstoffpreise eine Brotpreisobergrenze einzusetzen zu lassen, die bei einer Steigerung des Rohstoffpreises um 100 v. H. für den Feinsten 1/2 v. H. für den Groben (1000 Gramm) und um einen 1/2 v. H. für den 700 Gramm-Zeit beträgt. 3. für nach dem 1. April 1919 eintretende vom Arbeitsministerium gebilligte Rohstoffhöhen der Wäckerpreise weitere Zuschläge nach einer besonders erläuterten Berechnungsweise vorzuschlagen. — Da die wegen der Rohstoffhöhen schwebenden Verhandlungen zwischen den Vätervereinen und den Bäckern aber noch nicht zum Abschluß gelangt sind, hat das Ministerium des Innern die Kommunalverbände erneut darauf aufmerksam gemacht, daß eine Erhöhung des Brotpreises wegen eingetretener Rohstoffgeringen erst dann erfolgen darf, wenn die vereinbarten Rohstoffhöhen die Billigung des Arbeitsministeriums gefunden haben.

Die neue Verfassung u. die Volksabstimmung.

• Mit diesem Thema wird sich morgen Freitag abends 8 Uhr eine von der sozialdemokratischen Partei nach dem großen Festhallenaal einberufene

Öffentliche Volksversammlung

besassen, in der Stadtrat Dr. Dietz Aufklärung über das jetzt geschaffene Verfassungswerk geben wird.

Das arbeitende Volk, das am kommenden Sonntag zum ersten Mal zur

Volksabstimmung

schreitet, wird von diesen ihm von der Revolution gegebenen Recht Gebrauch machen und wird eingeladen, in der Versammlung zu erscheinen, die den

Aussatz zur Volksabstimmung

geben soll. Wähler und Wählerinnen, erscheint in Massen und erweist Euch das höchste Volksrecht würdig!

Rücktritt von Geh. Rat Reimann. Wie mitgeteilt wird, am Schluß dieses Jahres in Ruhestand treten. Er stammt: wird der Direktor der Gießerei, Geh. Rat Reimann aus Lönau-Königsberg und 1877 seine erste Anstellung als Professor in Karlsruhe. Er wurde im Jahre 1902 als Mitglied des Oberkuratorats, aus dem er 1911 austrat. Reimann trat Reimann als Chef der national-liberalen Landtagsfraktion im Jahre 1905 hervor, wo er mit der Sozialdemokratie das bekannte Grobblockabkommen schloß. Auf an den Ge-

hilden unserer Stadt nahm Reimann als Stadtverordneter teil.

Verein Arbeiter-Jugend (Freie Jugend). Heute abend 6 Uhr findet im Lokal, städtisches Jugendheim, ein Vortrag von Herrn Hauptlehrer Gaeblert aus Weidelsheim statt über „Die Geschicht im Gebot“. Nach dem Vortrage ist Bücherausgabe sowie Besprechung über die Literatur.

Minthim. Ueber das Thema: „Die Volksabstimmung über die neue Verfassung“ spricht am Samstag abend 8 Uhr im Saal zum „Schwanen“ Genosse Mäderl, Minister für soziale Fürsorge, in öffentlicher Volksversammlung. Wir erlauben die Frauen und Männer unseres Vororts, zahlreich zu erscheinen. Die Genossen wollen für guten Besuch der Versammlung Sorge tragen.

Erhöhung des Zeitungspapierpreises. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung der Reichsstelle für Druckpapier vom 28. März, wonach der Papierpreis für Zeitungsdrukpapier vom 1. April an eine neue Erhöhung von 1500 M auf den Doppelbogen erfahren hat. Neben der Erhöhung der Preise für alle sonstigen Materialien und der Erhöhung der Preise beweist auch diese Tatsache die Berechtigung der von den Zeitungsverlegern nachgedrungen vorgenommenen Bezugs- und Anzeigenpreisobergrenze.

Fußball. Zu dem Verbandsspiel Weiertheim gegen Verein für Bewegungsspiele Karlsruhe hatten sich zahlreiche Zuschauer aus dem Weiertheimer Sportplatz eingefunden. Das Spiel, welches von beiden Mannschaften gut durchgeführt wurde, konnte Weiertheim mit 3:1 Toren gewinnen. Die 2. Mannschaft von Weiertheim gewann mit 2:0 Toren, während die dritte Mannschaft mit 1:0 unterlegen mußte.

Die Schuld am Kriege.

• Diese Frage wurde vorgestern abend in einer von den Unabhängigen nach dem Festhallenaal einberufenen öffentlichen Versammlung behandelt. Als Redner war Hauptmann a. D. v. Beerfeldt angeladigt, der i. H. in der Rönnebusschule eine Rolle spielte und während des Krieges inhaftiert wurde, bis ihn die Revolution befreite. Man braucht sich demnach nicht zu wundern, daß die Festhalle trotz des hohen Eintrittspreises von 1 M für Nicht-U.S.P.-Leute voll besetzt war. Man wollte den Mann hören, der als ehemaliges Mitglied der Nachrichten-Abteilung des Großen Generalstabes die Vorkämpfer des kaiserlichen Militarismus über Deutschlands Schuld am Kriege weiter verbreitete und eingeleitet wurde, weil er von der allseitigen Schuld Deutschlands überzeugt war und zum Generalstreik gegen den Krieg aufrief.

Nachdem der Vorsitzende Dietrich zur Begründung der Versammlung seine Worte über den „Vollstreub“ ausgelassen hatte — ohne die obliegende Schimpfprobe auf die Regierungsgenossen einzuleiten — kam der erste Redner des Abends, Herr v. Beerfeldt zu Wort, der in 1 1/2 Stunden die alleinige Schuld Deutschlands am Kriege nachzuweisen veruchte. Wer aber von diesen Rednergruppen hoffte, für die Mark Eintrittsgeld etwas Besonderes zu hören, was er nicht konn wollte, sah sich enttäuscht. Der Redner machte ja wohl den Eindruck eines ehrenhaften Mannes, aber sein politisches Urteil ist zweifellos durch das ihm widerfahrene Unheil getrübt. Sein vorgetragenes Material zeigte nur von neuem, wie in der kapitalistischen Ära von gewissenlosen Machthabern mit dem Schicksal der Völker gespielt wurde. Nach seiner Beweisführung ist der Krieg auf Grund von Fälschungen, Unterschlagungen von Telegrammen und allerhand Schieberungen von Deutschland mit bewuchter Absicht gemacht worden. Ob das zutrifft, wird hoffentlich noch festgestellt werden und wir wären ganz damit einverstanden, daß den Schuldigen nicht geschenkt wird. Den Entente-Imperialisten dürfte keine geringere Schuld treffen. Aber es ist doch geradezu ein Verbrechen an unserer marionetten Volk in gegenwärtigen Moment diese Schuld Deutschlands durch Vertammungsbekämpfung feststellen zu lassen und damit den Entente-Imperialisten das Material zu ihren Strangulierungsabsichten gegen das deutsche Volk auf dem Präsentierteller anzubieten. Nach v. Beerfeldt trägt nämlich nicht einmal der deutsche Kapitalismus die Schuld, überhaupt nicht Kapitalismus und Imperialismus, sondern das deutsche Volk von heute, weil es dem Treiben seiner Machthaber ruhig zusehen hat. Die Hauptschuldigen sitzen nach ihm in der heutigen deutschen Nationalversammlung, die sie im Kriegskredite bewilligte. (U.S.P. lautst. lachend Zustimmung.) Aber mit Verlaub, Herr Hauptmann, die Männer, die Sie heute öffentlich beschimpfen und herunterreißen, haben ein Weisheitsalter gegen den Krieg gekämpft, haben dem Militarismus keinen Mann und keinen Großen gewilligt, als Sie noch im Jauber der Glorie des alten Systems befangen waren. Sie erklären ja selbst, daß Sie erst im Herbst 1918 zur Ueberzeugung der Schuld Deutschlands gekommen sind und vorher auch der Auffassung waren, daß Deutschland einen Verteilungskrieg führt. Auf den letzten Standpunkt haben auch die sozialdemokratische Fraktion, als sie die Kriegskredite bewilligte, bis zuletzt, als nicht länger als Sie dem alten Regime loyal als Generalküchler dienten. Was Sie daher in den U.S.P.-Versammlungen machen, sind Judasdienste, weiter nichts.

Als zweite Nummer des Programms trat Herr Karl Gisel-Berlin auf, der eine demagogische Rede über den Kaiser hielt. Er behandelte die Frage „Was nun?“ Die Antwort war eine Hebe gegen die Reule-Reule, die alle möglichen und unmöglichen Standpunkte auf dem Gewissen haben, während die Sozialisten die reinen Engel sind. (Wiedrum Beifall von U.S.P.) Am Schluß empfahl er eine Resolution von 3 Punkten: 1. Sozialgerichtshof (liberale) im Prinzip schon beschloffen. 2. Sozialisierung (von allem so aus dem Hause) und 3. die Räterepublik. Die Resolution wurde von den noch im Saal anwesenden reifen U.S.P.-Leuten angenommen. Die meisten Besucher waren nämlich nach dem ersten Redner bereits enttäuscht nach Hause gegangen.

Die Diskussion gestaltete sich durchaus U.S.P.-mäßig. Ein Redner, der auf Englands Schuld am Kriege hinwies, wurde durch Reimann und „Kauf“ und „Mutter“ Mute einfach gestoppt und ein Herr Grünberg, der sich als Fabrikant und Marxonist vorstellte und die Sozialisierung seiner Fabrik und einen Uebertritt zur U.S.P. anbot, mit Gänkeflüssen geizert. Um 11 Uhr erst war die Versammlung zu Ende.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

SALZGEMÜSE

Rotkohl - Weiskohl - Wirsing - Spinat - Möhren - Bohnen.

Die Hausfrau

verwendet das Gemüse nach
einem stehendem Wissen, wie
frisches Gemüse. Sie findet
kein n. Abfall u. bereitet be-
den billigen Preis u. der vor-
züglichen Qualität ein gutes,
schmackhaftes Mittagmahl.

Der Kleinhändler

kauft die Gemüse in ganzen
Pässern von seinem Gross-
händler. Er verlangt nicht, den
Käufers die Kochvorschriften
in die Hand zu geben, die
er in angemessener Masse
mitgeliefert erhält.

Der Grosshändler

wendet sich, um die Ware in
Wagenladungen zu beziehen,
an seinen Gemüsekonzern-
Verreter, der ihn mit Ver-
kaufbedingungen und allen
sonstigen Einzelheiten an
Hand gehen kann.

Der Vertreter

W. Kuhne
Gg. Fischers Nachf.
Kriegstrasse 172.

Volksabstimmung

über die neue Verfassung.

Freitag, den 11. April, abends 8 Uhr
spricht

Stadtrat Dr. Diez

Vorsitzender der Verfassungs-Kommission

über obiges Thema in einer

Oeffentl. Versammlung

im großen Saale der Städt. Festhalle.

Zur Deckung der Kosten wird 20 Pfennig Eintritt erhoben.
Eintrittskarten zu haben in den bekannten Vorverkaufsstellen.

Vorstand der Sozialdem. Part. i.

Oeffentliche Protest-Versammlung.

Freitag Abend 6 Uhr findet im großen Saale
des „Friedrichshof“ eine

Oeffentl. Protest-Versammlung

betreffend

„Die Bewirtschaftung des Kommunal-Verbandes für Obst und Gemüse“

statt. Männer und Frauen, erscheint in großer Anzahl, in
Eurem Interesse liegt es, dieses Jahr anstatt Obstmarken
Obst zu bekommen.

Die Einberufer. Ekog.

Gemüsesamen

verkauft zu n Selbstkosten-
preis täglich von 9-1 Uhr
Städt. Gartenamt
Karlsruhe, Göttingerstr. 6.

Kopfschuppen

(Schinnen), Haaransatz be-
festigt unter Garantie mein
Kräuterhaartwasser, N. M. 3.
Anerkennung u. Dankschreib.
Drogenhaus 21422
H. Vocatus, Berlin N.
Schönhauler Allee 132.

Ernst Gehner

Lapezier-Geschäft
Hauptstrasse 23.
Empfehl. sich im Lape-
zieren. Anfertigen und auf-
arbeiten von Kellermöbel,
Vorhänge aufmachen, Sa-
loufeln reparieren, gut
und billig. 1277

Mandolinen,

Gitarren, Zithern
werden fortwährend ange-
kauft in 2812

Weintraub An- und
Verkaufsgeschäft,
Kronenstr. 52. Tel. 3747.

Haare u. Ziegenfelle
werden gekauft und gut
bezahlt. 2552
H. Sonntag, Karlsruher-
strasse 19. Telefon 2161.

Buchen

Schön gelegenes Amtstädtchen am
östlichen Abhänge des Odenwaldes
für Erholungsbedürftige zum Kur-
und dauerndem Aufenthalt wie ge-
schaffen. Träumende Täler, herr-
licher Wald! Muntere Waldbühlein-
laden zum fischen ein. Die Stadt-
verwaltung b. et al. alles auf um fremde
zur Ansiedlung zu bewegen. Ist
stets bereit Einfamilienhäuser selbst
zu bauen und zum Selbstkostenpreis
abzugeben. Anfragen an das Bürger-
meisteramt. Der Gemeinderat.

1290 M. neues, modern., Schlafzimmer

bestehend aus 2 hochhüft. Bettstellen, 2 Sprungfeder-
matratzen, 2 breiteil. Seegrasmatratzen, 2 Kisten, ein
zweiw. Spiegelschrank, 1 Waschkommode mit Spiegele-
aufsatz, 2 Nachttische, marmoriert. 2707

Kaiserstrasse 69, Möbelladen.

Möbelschreiner und Bildhauer

finden Beschäftigung bei 2890
Gebr. Himmelheher, Möbelfabrik
Kraienstrasse 25.

Karlsruher Geschichts- und Altertumsverein.

Freitag, 11. April, abends 8 Uhr, im großen
Rathausaal Vortrag von Prof. Dr. R. Ott,
Direktor der Humboldtschule. 2656

Wege und Ziele der höheren Schulen.

Gäste und Damen willkommen. — Eintritt frei.
Beitrittsverpflichtungen vor und nach dem Vortrag bei dem
1. Vorsitzenden Herrn Landgerichtsrat Stritt. 2656

Der Vorstand.

Volkshaus Karlsruhe.

Dienstag, 15. April, abends 8 Uhr,
im großen Rathausaal:

Dantons Tod.

Drama von Georg Büchner.
Gesprochen von Bruno Schönfeld,
Mitglied des badischen Landestheaters.
Karten zu 100 Mk. im Vorverkauf in der
Musikalienhandlung Fritz Müller und an der
Abendkasse. 2706

Weiterbildungskurse

für
**Elektriker u. Starkstrom-
Monteure** 2626

an der **Gewerbeschule Karlsruhe.**
Kursdauer: 5. Mai bis 31. Juli 1919. Ganztags-
unterricht. Näheres durch die Schulleitung.

Oster-Ferien

Während der Osterferien erhalten Schüler
sämtlicher Lehranstalten
die schlecht schreiben
in 8-10 Tagen eine schöne Normal- oder
kaum. Schönschrift. — Wegen Einteilung
nach Zeit, Alter und Geschlecht erbitte baldigste
schriftliche oder persönliche Anmeldung.
Beginn: Montag 14. April. Honorar 15.—
F. Buek's Spezial-Schreibschule, Karlsruhe, str. 78,
Ecke Gartenstrasse bei der Munitionfabrik.

Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag, den 10. April 1919. 2730

Vorstellung des Badischen Landestheaters.

Donnerstagsmiete Nr. 23.

Der arme Heinrich.

Ein Musikdrama in 3 Akten von Hans Pfitzner.
Dichtung nach der mittelalterlichen Legende von
J. Grun.
Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Tüchtige, selbständige Beizer und Fertigmacher

zum sofortigen Eintritt
gesucht. 2700

Markstahler & Barth

Karlstrasse 67.

Fundfachen.

Im ersten Vierteljahr 1919 wurden aufgefunden:
Im Kassenraum der Städtischen Sparkasse: Papier-
geld, im Rathaus: 1 Schlüsseltasche und 1 Rieder-
tasche, im Städtischen Konzerthaus: 5 Paar Damen-
handschuhe, 1 Belamuff, 2 Konfektier, 2 Ovalegläser,
1 Silberer Arm in, 1 Armleiste, 2 Taschentücher, ein
Fingerring, 1 Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Brieftasche
mit Inhalt, 1 Ovaleglas und 1 Damensäckchen.
Die Empfangsberechtigten werden aufgefordert, ihre
Rechte an den Fundfachen innerhalb 8 Wochen beim
Städtischen Hauptsekretariat — Rathaus 2. Stock,
Zimmer 76 — geltend zu machen, widrigenfalls das
Verfestigungsverfahren nach § 979 B.G.B. durch-
geführt wird. 2713

Das Bürgermeisteramt.

BAD. KUNST-VEREIN E. V.

KARLSRUHE, Waldstrasse 3.

Auf Ersuchen des Kunst-Vereins hat sich
der **Kunstmaler Franz Weib, Mannheim,**
bereit erklärt, zur Erläuterung seiner zur Zeit
ausgestellten Bühnenbilder am **Sonntag, den
13. April d. J., 11 1/2 Uhr** vormittags, im
Kunstverein einen **Vortrag** zu halten. 2716

Eintritt für Nichtmitglieder 50 Pfg.

Höchstpreise

für Fleisch, Wurst und sonstige Fleischwaren.

gültig bis auf weiteres.

- 1. **Rindfleisch** (Rindfleisch von Ochsen, Rindern, jungen
Kälbern und jungen Ferkeln) per Pfd.
a) für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die
einschließlich der eingewachsenen Knochen-
teile 20 vom Hundert des Fleisch-
gewichts nicht übersteigen darf 2.—
b) für ausgebeulte Stücke ohne Knochenbe-
gabe, ausgenommen Rummel 2.40
c) für Rummel ohne Knochen (ausgebeult) 2.80
- 2. **Kalbfleisch**
a) für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die
einschließlich der eingewachsenen Knochen-
teile 25 vom Hundert des Fleischgewichts
nicht übersteigen darf 2.—
b) für Schmelz ohne Knochenbeigabe 2.70
- 3. **Schaffleisch**
für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die
einschließlich der eingewachsenen Knochen-
teile 25 vom Hundert des Fleischgewichts
nicht übersteigen darf 2.15
- 4. **Wurst**
a) Leberwurst, frisch (auch abgekühlt) 1.60
b) Leberwurst, geräuchert 1.90
c) Blutwurst (Griebswurst, auch abge-
kühlt) 1.10
d) Schinkenwurst (roter und weißer) 1.50
e) Schinkenwurst, geräuchert 1.70
f) Fleischwurst (auch abgekühlt) 2.—
g) Fleischwurst (auch abgekühlt) 1.90
- 5. **Sonstige Fleischwaren.**
a) Kieren 1.90
b) Ringe, frisch 2.30
c) Ringe, geräuchert 3.50
d) Hirn von Rind, das Stück 1.60
e) Hirn vom Kalb, das Stück 1.50
Karlsruhe, den 4. April 1919. 2714

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstrasse 133, 1. Treppen. Telefon 1846
**Frühjahrs- und Seiden-Mäntel,
Seiden- und Moire-Jachen,
Jackenkleider, Röcke, Blusen,
Seiden- und Voile-Kleider ::
Konfirmanden- u. Kinderkleider.**
Billige Preise, Keine Ladenspesen.

Geübter

Ristenmacher

in Dauerstellung gesucht.

Zu melden beim Portier 2681

Gesellschaft Sinner Grünwinkel.